

## Wirtschaftspolitik

ROLAND DÖHRN / WIM KÖSTERS

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Europäischen Union (EU) war im Jahr 2002 insgesamt gesehen enttäuschend. Anders als zu Jahresbeginn erwartet, setzte sich die Verlangsamung des Produktionsanstiegs fort. Im Jahresdurchschnitt nahm das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um lediglich 1,1% zu, nach 1,6% im Jahr zuvor. Dabei verlangsamte sich die Expansion im Jahresverlauf spürbar. Zu der Abschwächung trugen sowohl binnen- als auch außenwirtschaftliche Faktoren bei. Die Ausrüstungsinvestitionen schrumpften um 4,3%, und auch die Bauinvestitionen gingen zurück (-1,5%). Der private Verbrauch wuchs lediglich um 0,7% nach noch 1,8% im Jahr zuvor. Da sich das weltwirtschaftliche Klima abkühlte und zudem der Euro gegenüber dem Dollar aufwertete, wurden die Exporte nur sehr verhalten um 1,1% ausgeweitet. Da zugleich die Einfuhren aufgrund der schwachen Binnennachfrage leicht rückläufig waren, vergrößerte sich der Außenbeitrag zwar etwas stärker als im Jahr zuvor, jedoch gingen angesichts der niedrigen Zuwächse davon kaum Impulse für die Binnennachfrage aus.

In fast allen Ländern wuchs das BIP dabei 2002 langsamer als im Vorjahr. Deutliche Zuwächse verzeichneten lediglich Irland (6%) und Griechenland (4%). In Deutschland (0,2%), den Niederlanden (0,3%), Italien (0,4%) und Portugal (0,5%) stagnierte die Wirtschaft hingegen nahezu. Im Euroraum betrug die Zuwachsrate des BIP 0,9%.

Aufgrund der schwachen Konjunktur verschlechterte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Verlauf von 2002 zunehmend. In der zweiten Jahreshälfte ging die Zahl der Erwerbstätigen zurück und die Arbeitslosigkeit stieg beschleunigt. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich die Arbeitslosenquote auf 7,6% nach 7,3% in 2001; im Dezember 2002 lag sie bereits bei 7,8%. Entsprechend den Unterschieden in der wirtschaftlichen Dynamik, aber auch aufgrund demografischer Faktoren und des Wirksamwerdens von Arbeitsmarktreformen differierte dabei die Entwicklung zwischen den einzelnen Ländern beträchtlich. Eine deutliche Zunahme der Arbeitslosigkeit war vor allem in Spanien – dessen Arbeitslosenquote nach wie vor die höchste in der EU ist – sowie in Deutschland, Portugal und Belgien zu verzeichnen. Zwar nahm die Zahl der Erwerbslosen auch in Österreich, den Niederlanden und in Irland zu, allerdings ausgehend von einem im europäischen Vergleich außerordentlich niedrigen Niveau. In Italien hingegen konnte trotz der schwachen wirtschaftlichen Expansion die Arbeitslosigkeit verringert werden, und auch in Griechenland sank sie deutlich. In der Europäischen Union insgesamt stieg die Arbeitslosenquote

## DIE POLITIKBEREICHE DER EUROPÄISCHEN UNION

von 7,3% (2001) auf 7,6% (2002) im Jahresdurchschnitt. Dabei haben sich die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern wieder etwas vergrößert.

Bei alledem beruhigte sich der Preisauftrieb im Verlauf des vergangenen Jahres in der Grundtendenz; die so genannte Kerninflationsrate sank leicht. Überlagert wurde dies aber von einem Anstieg der Energiepreise. Im Jahresdurchschnitt 2002 lag die Teuerungsrate in der EU insgesamt bei 2,1% und im Euroraum bei 2,2% und damit jeweils 0,2%-Punkte niedriger als im Vorjahr. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern blieben dabei beträchtlich. In Irland und Spanien beschleunigte sich die Inflation, auch angesichts der dort immer noch recht lebhaften Konjunktur. In den Niederlanden – wo 2001 die Preissteigerungen noch die höchsten in der EU waren – und in Portugal hingegen gingen die Inflationsraten deutlich zurück.

Zu Beginn des Jahres 2003 schwächte sich die wirtschaftliche Expansion bei anhaltend ungünstiger Weltkonjunktur, insbesondere aufgrund der Belastungen durch den Irak-Krieg deutlich ab. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich dabei weiter. Aufgrund der schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gingen die Preissteigerungen erneut in der Grundtendenz zurück, allerdings überlagert durch den kräftigen Anstieg der Energiepreise in Folge der weltweiten Verteuerung des Rohöls.

### *Stabilitätspakt in der Zerreißprobe*

Angesichts der konjunkturellen Schwäche verschlechterte sich die Lage der öffentlichen Haushalte 2002 deutlich. In den Ländern des Euroraums insgesamt vergrößerte sich das gesamtstaatliche Defizit in Relation zum BIP von 1,6% im Jahr 2001 auf 2,2% in 2002. Dabei stieg auch das so genannte strukturelle, d.h. um Konjunkturreinflüsse bereinigte Defizit leicht, was auf Mängel bei der Umsetzung struktureller Reformen in einigen Ländern hinweist.

Gleichzeitig vergrößerten sich die Unterschiede zwischen den Ländern des Euroraums beträchtlich. Einerseits weisen eine Reihe von Ländern wie Finnland, Luxemburg, Belgien, Spanien und Österreich einen zumindest ausgeglichenen Haushalt auf, zum Teil erwirtschafteten sie sogar Überschüsse, wenngleich sich auch deren Budgetsituation teilweise verschlechterte. Andererseits überstiegen die Defizite in Deutschland und Frankreich die 3%-Grenze des Maastrichter Vertrages; in Portugal konnte der Fehlbetrag nur durch drastische Einschnitte unter die Marke gedrückt werden und in Italien wurde das 3%-Ziel offenbar nur Dank einer „kreativen“ Budgetgestaltung eingehalten.

Bereits zu Jahresbeginn 2002 konnten Deutschland und Portugal eine haushaltspolitische Frühwarnung, die dann droht, wenn die in den nationalen Stabilitätsprogrammen avisierten Defizitziele nicht eingehalten werden, nur abwenden, indem sich die Regierungen beider Länder zu einer strikten Einhaltung der Defizit-Obergrenze und einer sparsamen Haushaltsführung verpflichteten. Im Verlauf von 2002 verschlechterte sich die Lage jedoch deutlich, im Falle Portugals mussten zudem die Defizitangaben für das Jahr 2001 nachträglich beträchtlich nach oben korrigiert werden. Daher leitete die EU-Kommission zunächst gegen Portugal, am

19. November 2002 auch gegen Deutschland Verfahren wegen übermäßigen Defizits ein. Im März 2003 wurde auch gegen Frankreich, dessen Defizit 2002 ebenfalls die 3-%-Marke überschritten hatte, ein Verfahren eingeleitet.

Die Ursachen für die Schwierigkeiten, in die die Finanzpolitik in diesen Ländern geraten ist, sind keineswegs allein in der gegenwärtigen konjunkturellen Schwäche zu suchen. Vielmehr wurde in der Vergangenheit die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht entschieden genug angegangen und die Defizite nicht weit genug zurückgeführt, um nun konjunkturbedingte Mehrausgaben und Mindereinnahmen hinnehmen zu können, ohne die 3-%-Marke zu überschreiten. Dies brachte die Regierungen der betroffenen Länder, aber auch die EU insgesamt, in eine schwierige Situation: Beharrt man derzeit auf einer strikten Einhaltung des Maastrichter Vertrages, so droht eine prozyklische Finanzpolitik, die den konjunkturellen Abschwung sogar noch verstärken würde. Toleriert die EU-Kommission hingegen die höheren Defizite und weicht den Stabilitätspakt auf, so würden die Währungsunion und der Euro unabsehbaren Schaden nehmen.

In dieser Situation traten auch Unterschiede in der Einstellung der nationalen Regierungen zum Stabilitäts- und Wachstumspakt offen zutage. Portugal ergriff drastische Sparmaßnahmen und konnte bereits 2002 sein Staatsdefizit unter die 3-%-Marke drücken; auch in Deutschland wurde das konjunkturbereinigte Defizit deutlich zurückgeführt, wenngleich aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Expansion der Fehlbetrag 2003 kaum geringer ausfallen dürfte als im vergangenen Jahr. Frankreich hingegen fand sich nicht zu Sparmaßnahmen bereit, die ausreichen, wie in der EU verabredet, bis 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dies wiederum rief den Widerstand jener Länder hervor, die bereits in der Vergangenheit erhebliche Anstrengungen unternommen hatten, um ihren Haushalt zu konsolidieren.

Die EU-Kommission umschiffte diese Klippen bislang ohne eine Neuverhandlung oder gar Aufhebung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, indem sie ihn mehr oder weniger informell neu interpretierte. Sie stellt nun das konjunkturbereinigte (strukturelle) Defizit in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen, d.h. jenen Fehlbetrag, der sich bei normaler Konjunkturlage hypothetisch ergeben hätte. Dies ist insofern zu begrüßen, als dadurch prozyklische Wirkungen der Finanzpolitik verhindert werden können, da konjunkturbedingte Haushaltsfehlbeträge hingenommen werden. Allerdings sind die konjunkturbereinigten Defizite schwer zu ermitteln und ihr Ausmaß hängt wesentlich von dem Verfahren ab, das für ihre Berechnung gewählt wurde. Dadurch eignen sie sich nur beschränkt für eine kurzfristige Beurteilung der Finanzpolitik. Zudem steht zu befürchten, dass sich die Diskussion um den Stabilitäts- und Wachstumspakt zunehmend auf die Frage verlagert, was das „richtige“ strukturelle Defizit ist.

## Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren der EU-Länder

	Reales Wirtschaftswachstum <sup>1</sup>			Anstieg der Verbraucherpreise <sup>2</sup>			Arbeitslosenquote <sup>3</sup>			Finanzierungssaldo des öffentlichen Haushalts <sup>4</sup>		
	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
Belgien	3.7	0.8	0.7	2.7	2.4	1.6	6.9	6.7	7.3	0.1	0.4	0.1
Dänemark	2.8	1.4	1.6	2.7	2.3	2.4	4.4	4.3	4.5	2.6	3.1	2.0
Deutschland	2.9	0.6	0.2	1.5	2.1	1.3	7.8	7.7	8.2	1.1	-2.8	-3.6
Finnland	5.5	0.6	1.6	3.0	2.7	2.0	9.8	9.1	9.1	6.9	5.1	4.7
Frankreich	3.8	1.8	1.2	1.8	1.8	1.9	9.3	8.5	8.7	-1.4	-1.5	-3.1
Griechenland	4.2	4.1	4.0	2.9	3.7	3.9	11.0	10.4	9.9	-1.9	-1.4	-1.2
Großbritannien	3.1	2.1	1.8	0.8	1.2	1.3	5.4	5.0	5.1	3.9	0.8	-1.3
Irland	10.0	5.7	6.0	5.3	4.0	4.7	4.3	3.9	4.4	4.3	1.1	-0.1
Italien	3.1	1.8	0.4	2.6	2.3	2.6	10.4	9.4	9.0	-0.6	-2.6	-2.3
Luxemburg	8.9	1.0	0.4	3.8	2.4	2.1	2.3	2.0	2.4	6.1	6.4	2.6
Niederlande	3.3	1.3	0.3	2.3	5.1	3.9	2.8	2.4	2.7	2.2	0.1	-1.1
Österreich	3.5	0.7	1.0	2.0	2.3	1.7	3.7	3.6	4.3	-1.5	0.3	-0.6
Portugal	3.7	1.6	0.5	2.8	4.4	3.7	4.1	4.1	5.1	-2.8	-4.2	-2.7
Schweden	4.4	1.1	1.9	1.3	2.7	2.0	5.6	4.9	4.9	3.4	4.5	1.3
Spanien	4.2	2.7	2.0	3.5	2.8	3.6	11.3	10.6	11.4	-0.8	-0.1	-0.1
EU insgesamt	3.5	1.6	1.1	1.9	2.3	2.1	7.8	7.3	7.6	0.9	-0.9	-1.9
Dar.: EWU	3.5	1.5	0.9	2.1	2.4	2.2	8.5	8.0	8.3	0.1	-1.6	-2.2

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben von EUROSTAT und nationalen Quellen. –

1 Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP.

2 EU: Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

3 Standardisierte Arbeitslosenquote nach EUROSTAT, Jahresdurchschnitt.

4 In% des BIP.

*Geldpolitik reagiert auf konjunkturelle Schwäche*

Nachdem sie 2001 in vier Schritten ihre Schlüsselzinssätze gesenkt hatte, nahm die Europäische Zentralbank (EZB) 2002 zunächst eine abwartende Haltung ein. Hierin wurde sie durch die beiden Säulen ihrer Geldpolitik bestärkt. Die Geldmengenexpansion blieb kräftig, die Geldmenge M3 wurde im Jahresdurchschnitt 2002 um 7,3% ausgeweitet und damit deutlich stärker als der Referenzwert der EZB (4,5%). Auch die Inflationsrate verharrte über der nach Einschätzung der EZB mit dem Ziel der Preisniveaustabilität zu vereinbarenden Rate von 2%. Allerdings flachte die wirtschaftliche Expansion im Verlauf des Jahres zusehends ab und die Konjunkturerwartungen wurden beständig nach unten korrigiert. Im dritten Quartal 2002 hatte der von der EZB durchgeführte „Survey of Professional Forecasters“ im Durchschnitt für 2003 noch einen Zuwachs des BIP um 2,5% gesehen. Die Erhebung vom 4. Quartal brachte nur noch eine Wachstumserwartung von 1,8%, die im 1. Quartal 2003 auf 1,4% weiter zurückgenommen wurde. Die zunehmenden Konjunkturrisiken und der mit der schwächeren Expansion zu erwartende nachlassende Inflationsdruck waren die wesentlichen Begründungen für die am 5. Dezember 2002 beschlossene Senkung der Schlüsselzinsen um einen halben Prozentpunkt. Im März und im Juni 2003 kam es bei weiter sinkendem Preisauftrieb, nun auch wegen der Aufwertung des Euro, zu zwei weiteren Zinssenkungen um einen viertel bzw. um einen halben Prozentpunkt.

Da die Geldmengenexpansion seit nun mehr als 3 Jahren deutlich über dem Referenzwert der EZB verharrt, wurden Forderungen laut, im Zuge der turnusgemäß anstehenden Überprüfung die bisher verfolgte Zwei-Säulen-Strategie zu modifizieren. Insbesondere wurde von Manchen die Forderung erhoben, die Geldmenge nicht mehr als eigene Säule der Politik herauszuheben. Im Mai 2003 bestätigte der Zentralbankrat allerdings die bisherige Politik weitgehend. Er stellte jedoch die längerfristige Natur des Referenzwertes für die Geldmenge heraus und kündigte an, dies in Zukunft bei der Kommunikation seiner geldpolitischen Beschlüsse deutlicher zu betonen. Gleichzeitig bestätigte er seine Definition von Preisniveaustabilität, nämlich einen Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex von unter 2%. Er verband dies aber mit der Klarstellung, dass er langfristig auf eine Preissteigerungsrate in der Nähe von 2% abzielt. Damit machte er deutlich, dass er zum Schutz gegen Deflationsrisiken für eine entsprechende Sicherheitsmarge sorgen werde. Die EZB ging so auf Bedenken ein, dass das stabilitätspolitische Problem in der nächsten Zeit eher die Deflation als die Inflation sei. Insbesondere für Deutschland werden nämlich seitens internationaler Beobachter, wie z.B. dem Internationalen Währungsfonds, beträchtliche Deflationsgefahren gesehen, wofür die flauere Konjunktur und die daraus resultierenden geringen Preisüberwälzungsspielräume einerseits, strukturelle Probleme im Bankensektor und fallende Importpreise aufgrund der deutlichen Aufwertung des Euro andererseits verantwortlich gemacht werden.

### *Grundzüge der Wirtschaftspolitik für 2003 bis 2005*

Eine wesentliche Funktion bei der Koordination der Wirtschaftspolitik zwischen den einzelnen EU-Staaten spielen die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“. Mit ihnen werden den Mitgliedern der Gemeinschaft Empfehlungen für die Ausrichtung der Makro- und Strukturpolitik gegeben, die – wie beim EU-Gipfel von Lissabon beschlossen – dem Ziel dienen, „die Gemeinschaft bis zum Jahr 2010 zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt zu machen, die in der Lage ist, ein nachhaltiges Wachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und größerem sozialen Zusammenhalt zu erreichen“. Im Juni 2003 billigte der Europäische Rat die Grundzüge für den Zeitraum 2003 bis 2005, die damit erstmals für einen längeren Zeitraum gelten. In Fortsetzung der mit den Grundzügen 2002 verfolgten Ziele enthalten sie insgesamt 23 Empfehlungen für eine wachstums- und stabilitätsorientierte Makropolitik, Reformen der Arbeitsmarktpolitik, zur Stärkung des Wettbewerbs und Erhöhung der Produktivität im Unternehmenssektor und zur Verbesserung der Nachhaltigkeit in den Bereichen Öffentliche Finanzen, Soziales und Umwelt. Ergänzend werden länderspezifische Empfehlungen ausgesprochen. So wird in den Grundzügen 2003-2004 Deutschland u.a. empfohlen, das Steuer-Transfer-System so umzugestalten, dass sich die Aufnahme einer Beschäftigung besser lohnt, die Effizienz der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu erhöhen, die private Altersvorsorge zu stärken und im Gesundheitswesen Anreize für Anbieter und Nachfrager zu setzen, die es effizienter gestalten. Überwacht wird die Einhaltung der Grundsätze durch die EU-Kommission, die jährlich einen entsprechend Bericht vorlegt, in dem sie auch einzelne Länder evaluiert.

### *Grundsätzliche wirtschaftspolitische Fragen*

Auch im fünften Jahr nach dem Start der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion (EWU) sind die genauen Politikregeln und damit der ‚Policy Mix‘ im Euro-Raum alles andere als klar. Aus dem Maastrichter Vertrag lässt sich ein neoklassisches Assignment ableiten, wie in den beiden vergangenen Jahren an dieser Stelle näher erläutert. Wie zuvor ausgeführt, hatte die Überprüfung der geldpolitischen Strategie im Frühjahr 2003 zum Ergebnis, dass die EZB nunmehr dem Referenzwert für das Wachstum von M3 weniger und der ökonomischen Analyse der bisherigen zweiten Säule mehr Gewicht bezüglich der Ausrichtung ihrer Politik beimisst. Da die EZB aber keine Angaben darüber macht, welche Indikatoren sie berücksichtigt und welche Bedeutung sie ihnen beimisst, ist für Beobachter jetzt schwerer zu beurteilen, welche Politikregel sie verfolgt. Der diskretionäre Handlungsspielraum der EZB ist durch die Neuformulierung ihrer Strategie sicherlich größer geworden. Damit bietet sie mehr als bisher eine offene Flanke für Versuche der Einflussnahme von Seiten solcher, die ein Interesse an einer expansiven Geldpolitik haben. Hierzu zählen vor allem EWU-Mitgliedsländer mit hohen Staatsschulden, da sie über niedrigere Zinsen eine Verringerung der Schuldenlast erreichen und entgegen den Vertragsbestimmungen der Geldpolitik eine größere Rolle bei der Konjunktursteuerung zuweisen möchten. Da sich die EZB als junge Zentralbank die

Reputation für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik erwerben muss, ist diese Entwicklung nicht ohne Gefahren, die von jenen Ökonomen verkannt werden, die deziert für eine (noch) expansivere europäische Geldpolitik plädieren.

Noch viel größere Unklarheit herrscht – wie bereits ausgeführt – gegenwärtig hinsichtlich des Kurses der Finanzpolitik. Während mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt ein klarer Konsens darüber gefunden zu sein schien, welchen Regeln sich die Haushaltspolitiken der EWU-Mitgliedsstaaten, die nach dem Maastrichter Vertrag in nationaler Kompetenz verblieb, unterwerfen, so steht dieser nach nicht einmal fünf Jahren Währungsunion wieder in Zweifel, wenn nicht sogar zur Disposition. Dazu wäre es nicht gekommen, wenn nur ein kleines Land wie Portugal das Defizitkriterium verletzt hätte. Dann wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit nach den im Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgestellten Regeln verfahren worden. Die brisante Lage ist vielmehr dadurch entstanden, dass die großen Länder, Deutschland und Frankreich, zu „Sündern“ wurden und – anders als Portugal – nicht den politischen Willen erkennen lassen, entschlossen für eine schnelle Beseitigung der Fehlentwicklung zu sorgen. Da sie im Ministerrat über das weitere Verfahren und somit auch über eventuelle Sanktionen mit abstimmen und dabei wohl auf eine Unterstützung eines weiteren großen Landes, Italien, setzen können, haben sie vermutlich wenig zu befürchten. Allerdings ist auch zu konzedieren, dass eine restriktive Haushaltspolitik in einem großen Land ungleich stärker auf die übrigen EU-Länder ausstrahlt, so dass auch bei den Ländern mit Haushaltsüberschüssen die Interessenlage nicht eindeutig ist.

Pikant an den gegenwärtigen Schwierigkeiten mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt ist, dass ausgerechnet Deutschland die Defizitgrenze des Maastrichter Vertrages am deutlichsten verfehlt, war es doch die Regierung Kohl, die zusammen mit der niederländischen Regierung gegen den Widerstand Frankreichs den Stabilitäts- und Wachstumspakt durchsetzte. Man kann auch der Regierung Schröder, sieht man von einer kurzen Periode zu Beginn ihrer Amtszeit ab, den Sparwillen nicht gänzlich absprechen. Insbesondere 2003 verschärfte sie den Restriktionsgrad der Finanzpolitik merklich. Allerdings setzten die Konsolidierungsmaßnahmen fälschlicher Weise weitaus überwiegend an der Einnahmenseite an, während größere Einschnitte auf der Ausgabenseite, insbesondere bei Subventionen und Transfers, nicht vorgenommen wurden. Gleichzeitig verschlechterte sich die Struktur der öffentlichen Ausgaben merklich. Soweit nämlich gespart wurde, traf es in erster Linie die Investitionen, ging also zu Lasten der Wachstumsbedingungen. Dies wiegt um so schwerer, als Strukturreformen, etwa im Bereich des Gesundheitswesens, der Rentenversicherung oder auf dem Arbeitsmarkt nicht oder zu spät in Angriff genommen wurden. Nicht ohne Grund erhielt Deutschland auf diesen Feldern bei der Evaluierung der Umsetzung der Grundsätze der Wirtschaftspolitik durch die EU-Kommission zuletzt schlechte Noten.

Aufgrund der aktuellen Probleme wird vor allem in Deutschland, Frankreich und Italien darüber nachgedacht, den Stabilitäts- und Wachstumspakt auszusetzen, ihn flexibler zu machen oder seine Regeln zu modifizieren. Dies schafft neben allen schon bestehenden Unsicherheiten zusätzliche, politisch verursachte Risiken und

Glaubwürdigkeitsprobleme für die EWU. Denn es dürfte eine Frage der Zeit sein, bis weitere EWU-Länder dem deutschen und französischen Beispiel folgen werden und die Entwicklung noch weiter als schon bisher auseinander läuft. Die Verlockung nimmt zu, dringend benötigte Strukturreformen durch eine expansive Finanzpolitik und die Forderung nach einer akkommodierenden Geldpolitik der EZB zu vermeiden. Der politische Druck auf die EZB, der durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt verhindert werden sollte, wird mithin deutlich zunehmen. Zudem werden durch die höhere Verschuldung Lasten auf zukünftige Generationen verlagert, die wegen der alternden Bevölkerung ohnehin schon im besonderen Maße ökonomisch gefordert sind. Statt die Wachstumskräfte durch Reformen entschlossen zu stärken, um diese Aufgaben besser schultern zu können, werden ineffiziente Strukturen durch höhere staatliche Defizite finanziert. Wegen der aufgezeigten Gefahren, ist es dringend geboten, zu den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts zurückzukehren und sie in Zukunft strikt einzuhalten.

### Weiterführende Literatur

- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003.
- Belkè, A. et al, Challenges to ECB credibility. ECB Observer No. 5. (<http://www.ecb-observer.com/downloads/THE%20ECBOBSERVER%20No%205.pdf>) Frankfurt a. M. 2003.
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Belebung ohne großen Schwung, in: RWI-Konjunkturberichte, Jahrgang 54 (2003), S. 3-22.
- European Commission (Hrsg.): Economic Forecasts Spring 2003, in: European Economy, No. 2 (2003).
- European Commission (Hrsg.): Public Finances in EMU 2003, in: European Economy, No. 3 (2003).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): Mitteilung der Kommission über die Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2002, KOM (2003) 4 endgültig.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): Empfehlungen der Kommission über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedsländern und der Gemeinschaft für die Jahre 2003-2005. KOM (2003) 170 final.
- Europäische Zentralbank (Hrsg.): Jahresbericht 2002, Frankfurt am Main 2003.